Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Warum hat DIE LINKE bei der Bundestagswahl relativ am stärksten verloren?
2. Eine „versteckte“ Kürzung? Zur Kritik an der Regelbedarfsanpassung in der Grundsicherung und eine juristische Lanze in Richtung verfassungswidrige Unterdeckung des menschenwürdigen Existenzminimums
3. Homeoffice in der Corona-Krise: leichter Rückgang auf hohem Niveau
4. #allesaufdentisch: Hat Youtube Videos zu Recht gelöscht?
5. Mit einer irreführenden Werbebroschüre für 2G befeuert das RKI eine schlimme Entwicklung
6. Das Ende der Testspiele
7. „Wir brauchen Wahrheit“: Länder fordern RKI-Chef Wieler nach Impfquoten-Chaos zum Rapport
8. Flächendeckende schöpferische Zerstörung von Krankenhäusern?
9. Europäische Fiskalregeln könnten wichtige Investitionen blockieren – Bundesregierung sollte laufende Reformdiskussion aktiv nutzen
10. Afghanistan-Desaster: Untersuchungsausschuss statt Schönfärberei
11. Ein “Giftcocktail” für die EU-Erdgasversorgung
12. Das Schicksal der USA: Entweder Oligarchie oder Autokratie
13. Negativrekord: Deutsche sitzen 8,5 Stunden
14. Nahrungsmittelindustrie: Zu schwere Schweine
15. Falsch bleibt falsch
16. Zu guter Letzt: Warum Deutschland ein Problem mit der Impfquote hat

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Warum hat DIE LINKE bei der Bundestagswahl relativ am stärksten verloren?**
   Um bei einer Wahl gut abzuschneiden, braucht eine Partei Führungspersonal, das bei den Wählerinnen und Wählern beliebt ist und Vertrauen genießt. Dazu gibt es Umfragen. In welchem Umfang das Spitzenpersonal der Parteien das Wahlergebnis beeinflusst, haben Armin Laschet und Annalena Baerbock mehr als deutlich gezeigt.
   Um bei einer Wahl gut abzuschneiden, muss die Politik der vergangenen Jahre überzeugen. Ob das der LINKEN gelungen ist, darüber gaben die Europawahl und die Landtagswahlen Aufschluss.
   Überzogene Forderungen überzeugen die Wählerinnen und Wähler nicht
   Um bei einer Wahl gut abzuschneiden, braucht eine Partei auch ein gutes Programm. Überzogene Forderungen überzeugen die Wählerinnen und Wähler nicht. Und gut gemeinte Vorschläge zur Verbesserung des sozialen Lebens kommen nicht an, wenn dasselbe Programm Forderungen enthält, die die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ablehnt.
   Wenig beeindruckend ist, wenn diejenigen, die für das Wahldesaster in erster Linie Verantwortung tragen, die Schuld bei anderen suchen. So hat uns beispielsweise Jörg Schindler in seiner Wahlkampfanalyse dankenswerterweise daran erinnert, dass er für die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers und Wahlkampfleiters ungeeignet ist. Ebenso wenig können die sich jetzt wiederholenden Appelle an die Geschlossenheit eine schonungslose Aufarbeitung der Wahlniederlage ersetzen.
   Gute Wahl-Analyse der Sozialistischen Linken
   Zu den Ursachen der Wahlniederlage hat der WASG-Mitbegründer Ralf Krämer zusammen mit dem Sprecherrat der Sozialistischen Linken eine Analyse vorgelegt, die auf die entscheidenden Fehlentwicklungen der letzten Jahre hinweist. Aufschlussreich ist die Grafik über die Zuweisung der sozialen Kompetenz an die Partei DIE LINKE bei den bisherigen Bundestagswahlen.
   Je mehr man das Alleinstellungsmerkmal in Frage stellte, umso mehr wurde die Existenz der Partei DIE LINKE gefährdet
   Das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN war: Sie hat als einzige Partei im Bundestag verlässlich gegen Krieg und Sozialabbau gestimmt. Je mehr man dieses Alleinstellungsmerkmal in Frage stellte, um potentiellen Koalitionspartnern zu gefallen, umso mehr wurde die Existenz der Partei DIE LINKE gefährdet. Dabei müsste gerade jetzt, in einer Zeit der zunehmenden Konfrontationspolitik der USA gegenüber Russland und China und der sich anbahnenden Agenda 2030, bei der wieder nicht die oberen Zehntausend zur Kasse gebeten werden, sondern die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, eine gestärkte LINKE im Deutschen Bundestag Widerstand gegen Krieg und Sozialabbau leisten. Das Traurige ist: Angesichts des Zustands der anderen Parteien waren unsere Chancen, ein gutes zweistelliges

Ergebnis zu erzielen, noch nie so groß wie bei dieser Bundestagswahl.
Quelle: Oskar Lafontaine

2. **Eine „versteckte“ Kürzung? Zur Kritik an der Regelbedarfsanpassung in der Grundsicherung und eine juristische Lanze in Richtung verfassungswidrige Unterdeckung des menschenwürdigen Existenzminimums**
Nach der Bundesregierung hat nun auch der Bundesrat der „Verordnung zur Bestimmung des für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach § 28a und des Teilbetrags nach § 34 Absatz 3a Satz 1 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch maßgeblichen Prozentsatzes sowie zur Ergänzung der Anlagen zu §§ 28 und 34 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für das Jahr 2022“ zugestimmt. Das Wortungetüm hat die – immer noch unhandliche – Abkürzung Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2022 – RBSFV 2022.
Bevor jetzt jemand das Weiterlesen verweigert, weil es sich scheinbar um irgendein hyperkompliziertes Verordnungsdetail handelt, sei hier darauf hingewiesen, dass von dem, was dort fortgeschrieben wird, Millionen Menschen in unserem Land betroffen sind. Es geht um die Höhe der Leistungen für Hartz IV-Empfänger nach SGB II (5,3 Mio. Menschen) sowie für die Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII (über 1,1 Mio. Menschen) beziehen, außerdem ist das auch für das Asylbewerberleistungsgesetz relevant.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik
3. **Homeoffice in der Corona-Krise: leichter Rückgang auf hohem Niveau**
Die Covid-19-Pandemie hat zu einer deutlich stärkeren Nutzung von Homeoffice geführt. Der Anteil der Beschäftigten, die von zu Hause aus arbeiten können, war allerdings jüngst wieder leicht rückläufig. Außerdem plant nur eine deutliche Minderheit der kleinen und mittleren Betriebe für die Zeit nach der Pandemie, das Homeoffice-Angebot gegenüber der Vor-Corona-Zeit auszuweiten. Rund jeder zehnte Betrieb möchte dieses sogar unter den Stand vor der Krise zurückfahren.
Die deutschen Betriebe müssen die Abstands- und Hygieneregeln einhalten, die in der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel festgelegt wurden. Wie Lutz Bellmann und andere in einem 2020 erschienenen Beitrag im IAB-Forum dargelegt haben, haben viele daher im Verlauf der Pandemie ihre Homeoffice-Kapazitäten ausgeweitet oder ihren Beschäftigten erstmals erlaubt, Homeoffice zu nutzen. Im Januar 2021 hatte die Bundesregierung mit der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung die Arbeitgeber dazu verpflichtet, ihren Beschäftigten Homeoffice anzubieten, sofern dem keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstanden. Diese „Homeoffice-Pflicht“ lief Ende Juni dieses Jahres aus (lesen Sie dazu auch einen aktuellen Beitrag von Bernd Fitzenberger und Ulrich Walwei für die Ökonomenstimme).
Quelle: IAB-Forum

4. **#allesaufdentisch: Hat Youtube Videos zu Recht gelöscht?**
   Zwei Videos der Gruppe #allesaufdentisch sind bei Youtube gelöscht worden. Warum genau, weiß der Netzkonzern nicht zu sagen. Die Initiatoren gehen juristisch gegen die Tilgung vor – und haben Erfolg. […]
   Im Begründungsschreiben von Youtube, das der F.A.Z. ebenfalls vorliegt, hatte das Unternehmen lediglich mitgeteilt, dass die Videos gegen die „Richtlinien zu medizinischen Fehlinformationen verstoßen". Worin genau diese Fehlinformation besteht und um welche Passagen es sich handelt, blieb unklar: „Die Entscheidungen über die Löschungen und über die von uns bei Youtube eingereichten Beschwerden erfolgten zu ungewöhnlichen Uhrzeiten um 04.02 Uhr, 05.39 Uhr oder um 05.19 Uhr", teilte Jeana Paraschiva der F.A.Z. mit.
   „Die Zeitpunkte legen die Vermutung nahe, dass die Entscheidungen in einer anderen Zeitzone getroffen wurden. Es scheint fraglich, ob tatsächlich eine Überprüfung in der Sache stattgefunden hat. Wir bezweifeln dies. Und wir bezweifeln auch, dass Muttersprachler, die dem Inhalt sprachlich und intellektuell gewachsen sind, diese Entscheidungen getroffen haben."
   Dass es im Schreiben von Youtube nur den pauschalen Vorwurf der Fehlinformation gab, hält der Hamburger Jurist Joachim Steinhöfel, der auf solche Fälle spezialisiert ist, für höchst problematisch. Er vertritt das Kollektiv, das sich selbst als „losen Zusammenschluss von Menschen, denen die politische und gesellschaftliche Zukunft unseres Landes und der Welt am Herzen liegt", bezeichnet, als Rechtsanwalt.
   „Es wurde nicht mitgeteilt, was denn eigentlich konkret beanstandet wird. Das muss aber geschehen, damit der Nutzer darauf reagieren kann. Hier fühlt man sich an ‚Der Prozess' von Franz Kafka erinnert. Der Protagonist wird am Ende hingerichtet, kennt aber nicht mal den gegen ihn erhobenen Vorwurf", sagte Steinhöfel auf Anfrage. Der Rechtsanwalt, der in einem der #allesaufdentisch-Videos selbst zum Thema Meinungsfreiheit spricht, kritisierte zudem den generellen Umgang der Videoplattform mit Löschungen von Videos zu Corona. „Die Chefin von Youtube hat in einem CNN-Interview gesagt, dass die Plattform alles löscht, was den Erkenntnissen der WHO zuwiderläuft. Das ist geradezu skandalös."
   Quelle: FAZ
5. **Mit einer irreführenden Werbebroschüre für 2G befeuert das RKI eine schlimme Entwicklung**
   In einer aktuellen Broschüre erläutert das Robert-Koch-Institut (RKI) ebenso eingängig wie irreführend, warum der Ausschluss Ungeimpfter vom öffentlichen Leben angeblich die Sicherheit von Veranstaltungen erhöht. Behörden ist es nicht erlaubt, die Bevölkerung gezielt in die Irre zu führen. Zu welchen Entgleisungen andere Behörden fähig sind, wenn sie so munitioniert werden, zeigt gerade die Stadt Leverkusen.

In einer Broschüre des RKI, die das Datum 6. Oktober trägt, beantwortet die Behörde die Titelfrage: „Welches Risiko gehe ich bei einem Besuch einer 2G- oder 3G-Veranstaltung diesen Herbst/Winter ein?“
Die erste suggestive Teilfrage lautet: „Warum ist 2G sicherer als 3G?“
Die Antwort das RKI besteht aus der unbelegten und wahrscheinlich falschen Behauptung: „Das Virus verbreitet sich derzeit hauptsächlich unter Ungeimpften“, in Verbindung mit der richtigen Feststellung, dass Antigen-Schnelltests nicht alle Infektionen korrekt erkennen.
Mangels repräsentativer Untersuchungen – eine hartnäckige absichtsvolle Unterlassung der deutschen Corona-Politiik – weiß niemand, in welchen Gruppen sich das Virus wie stark verbreitet. Da Geimpfte kaum getestet werden, weiß man über die Ausbreitung der oft unsymptomatisch oder gering-symptomatisch verlaufenden Krankheit Covid-19 bei ihnen am wenigsten. Dass sie sich infizieren können und dann infektiös werden, ist unbestritten. Ob die behauptete geringere Häufigkeit der Ansteckung von Geimpften die Tatsache kompensiert, dass viel mehr Erwachsene geimpft sind als nicht geimpft, ist völlig unklar. (Kinder und übergangsweise befristet auch nicht-geimpfte Jugendliche dürfen weiterhin zu 2G-Veranstaltungen, können hier also außen vor bleiben.)
Quelle: Norbert Häring

6. **Das Ende der Testspiele**
   Aber viele Fachleute halten den Wegfall der Gratistests offenbar für verschmerzbar, wie meine Kollegin Julia Merlot aus unserem Wissenschaftsressort berichtet: Zum einen seien viele Deutsche geimpft, zum anderen habe von den Bürgertests eh wohl eher eine wohlhabende Klientel profitiert, die sich Kinobesuche, Theatertreffen und Restaurantessen leisten könne ….
   Quelle: DER SPIEGEL

   Anmerkung JK: *Wie darf man das verstehen? Die fünf Millionen Bürger die unter dem Hartz IV Repressionsregime leben und die 20 Prozent im Niedriglohnsektor arbeitenden Menschen brauchen sowieso keine Tests, da sie sich eben die Aktivitäten für die 3G gilt sowieso nicht leisten können? Was für eine Verachtung und Hybris zeigt sich hier wieder bei denen, die durch ihre Panikmache die aktuelle Situation maßgeblich mit herbeigeschrieben haben.*

7. **„Wir brauchen Wahrheit“: Länder fordern RKI-Chef Wieler nach Impfquoten-Chaos zum Rapport**
   Nach Informationen von Business Insider zeigten sich mehrere Gesundheitsminister in einer gemeinsamen Schalte darüber verärgert. Aber nicht nur über den plötzlichen

Anstieg der Impfquote, sondern die Minister stellten auch die Methodik des RKI infrage. Um die Impfquote zu ermitteln, nutzt das RKI bislang eine einfache Befragung. Zudem widersprachen die Minister der Vermutung, dass die Länder falsche Daten zurücksenden.
Der bayerische Gesundheitsminister Holetschek will nun vom RKI wissen, wie die Daten ins System gekommen seien, wo es gegebenenfalls welche Defizite gegeben habe, ob es an einer mangelnden Datenlage etwa von Betriebsärzten liege oder woran sonst. Deshalb habe man für die nächste Schalte RKI-Präsident Lothar Wieler eingeladen, um das zu klären. „Das wird sicher auch insgesamt eine Lehre aus der Pandemie sein, dass wir bei den Datengrundlagen bis jetzt aus meiner Sicht nicht sehr erfolgreich waren und da dringend Nachbesserungsbedarf haben“, fügte Holetschek hinzu.
Quelle: Business Insinder

8. **Flächendeckende schöpferische Zerstörung von Krankenhäusern?**
   Die Lobby für flächendeckende Klinikschließungen argumentiert vordergründig im Sinne der Menschen, auf den zweiten Blick jedoch zynisch und menschenfeindlich. Am 1. September hatte das Bündnis Klinikrettung daher einen prominenten Schließungslobbyisten, Prof. Dr. med. Reinhard Busse, zum Streitgespräch eingeladen. Das Bündnis in der Diskussion wurde vom ehemaligen Klinikleiter Klaus Emmerich vertreten. In der Veranstaltung traten die Widersprüche zwischen Patientenwohl und Investoreninteressen besonders deutlich hervor. Nachfolgend ein Kommentar von Carl Waßmuth zu zentralen Aussagen der Schließungslobby:
   >>Moderne Medizin benötigt moderne Kliniken<< Was als moderne Medizin bezeichnet wird, ist oft auch im Wortsinn eine Mode und keineswegs eine Verbesserung. Der zunehmende Einsatz von Robotik zum Beispiel bei den Essensauslieferungen führt schon heute dazu, dass zuweilen der Überblick verloren geht, welcher Patient was gegessen hat oder ob überhaupt ausreichend gegessen wurde. Der verwendete Modernitätsbegriff ist eine Schutzbehauptung für brachiale Veränderungen zugunsten (privater) Dritter. Die Großklinik hat nicht nur in Sachen Infektionsschutz Nachteile, und sie ist mitnichten die evolutionäre Spitze der Krankenhausentwicklung. Quelle: Gemeingut in BürgerInnenhand
9. **Europäische Fiskalregeln könnten wichtige Investitionen blockieren – Bundesregierung sollte laufende Reformdiskussion aktiv nutzen**
   Die europäischen Fiskalregeln sollen reformiert werden, um sie kompatibel mit den ökonomischen Herausforderungen der Gegenwart zu gestalten. Die EU-Kommission will dazu am 19. Oktober eine erste Stellungnahme veröffentlichen. Die Bundesregierung sollte aktiv dazu beitragen, dass die Regeln künftig einfacher, transparenter und investitionsfreundlicher gestaltet werden. Denn in ihrer

gegenwärtigen Form könnten die EU-Vorschriften beispielsweise wichtige Vorhaben für Investitionen in Infrastruktur oder Klimaschutz blockieren – selbst wenn diese mit der Schuldenbremse im Grundgesetz vereinbar sind. Das ergibt eine neue Kurzanalyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Die notwendigen Überarbeitungen lassen sich relativ niedrigschwellig ohne Änderungen der EU-Verträge und unter Beibehaltung der so genannten „Maastricht"-Regeln für Defizite und Staatsverschuldung umsetzen, betonen die Autoren, zu denen neben Ökonomen des IMK auch der Europarechtler Prof. Dr. René Repasi von der Erasmus-Universität Rotterdam gehört.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

10. **Afghanistan-Desaster: Untersuchungsausschuss statt Schönfärberei**
Eine Woche nach Beginn der von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ausgerufenen „Bilanzdebatte" will die Bundesregierung am 13. Oktober mit einem Großen Zapfenstreich vor dem Berliner Reichstag den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan würdigen.
Ein solches Militärspektakel ist insbesondere nach 20 Jahren gescheitertem Krieg in Afghanistan ebenso wenig angemessen wie die am 6. Oktober im Schatten der Sondierungsgespräche vom Verteidigungsministerium abgehaltenen Diskussionsveranstaltung, der neben zahlreichen Bundestagsabgeordneten auch Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) fernblieb. Damit die Bilanzdebatte zum Afghanistan-Krieg nicht zu einer unwürdigen Politposse verkommt, die im Wesentlichen auf dem Rücken der Soldaten der Bundeswehr ausgetragen wird, bedarf es einer kritischen und vollumfänglichen Aufarbeitung durch den neuen Deutschen Bundestag.
Wie wenig die Bundesregierung an einer ehrlichen Bilanz interessiert ist, zeigt auch ihre Antwort auf meine Kleine Anfrage [PDF]. Trotz hunderttausender Toter und Verletzter, Kriegsverbrechen der NATO sowie der Kooperation der Besatzungstruppen mit Warlords und einer durch und durch korrupten Marionetten-Regierung in Kabul lässt die Bundesregierung darin jedwede Selbstkritik missen. Ihre Antworten zeichnen vielmehr ein verheerendes Bild absoluter Realitätsverweigerung und hinterlassen den Eindruck, dass das Ergebnis der Bilanz seitens der Bundesregierung bereits vorab feststeht.
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

11. **Ein "Giftcocktail" für die EU-Erdgasversorgung**
Äußerungen von US-Funktionären und eine Europareise eines US-Sondergesandten rufen neue Spekulationen über etwaige Sanktionen gegen die Erdgaspipeline Nord Stream 2 hervor. Hintergrund sind Vorwürfe, Russland treibe die Gaspreise in Europa gezielt nach oben und nutze die aktuellen Versorgungsschwierigkeiten in der EU zu

politischen Zwecken aus. Experten urteilen weithin, beides treffe nicht zu: Während die Gaspreise wegen des rasant steigenden Verbrauchs in Ostasien sowie der Preisbildungspolitik der EU-Kommission in die Höhe schössen, habe Moskau alle vertraglichen Lieferpflichten in vollem Umfang eingehalten. Gazprom hat seine Exporte nach Deutschland zudem sogar um 33 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum aufgestockt. Dagegen sind die Lieferungen von US-Flüssiggas nach Europa um mehr als 15 Prozent zurückgegangen: Die US-Energiekonzerne können höhere Preise in Asien erzielen. Der US-Botschafter in der Ukraine äußert nun, dass Russland nicht ohne Verzug die Gasexporte nach Europa ausweite, habe womöglich mit "geopolitischen Erwägungen" zu tun. Für diesen Fall sind neue Sanktionen vorgesehen.
Quelle: German Foreign Policy

12. **Das Schicksal der USA: Entweder Oligarchie oder Autokratie**
Konkurrierenden Machtsysteme sind in Alternativen gespalten, zwischen denen sich die soziale und politische Kluft ausbreitet – und Potenzial für gewaltsame Konflikte in sich tragen. Die konkurrierenden Machtsysteme in den Vereinigten Staaten sind in Oligarchie und Autokratie aufgeteilt. Es gibt keine Alternativen. Und beide sind nicht angenehm.
Jedes der beiden alternativen Machtsysteme in den USA hat eigentümliche und geschmacklose Eigenschaften. Beide Systeme geben ein Lippenbekenntnis zu den Fiktionen von Demokratie und verfassungsmäßigen Rechten ab. Und beide Alternativen verschärfen die wachsende soziale und politische Kluft und die dadurch drohenden Konflikte.
Die Oligarchen der etablierten Republikanischen Partei, Personen wie Liz Cheney, Mitt Romney, George und Jeb Bush oder William "Bill" Kristol, haben sich mit den Oligarchen der Demokratischen Partei zusammengetan, um den Autokraten in der Republikanischen Partei zu trotzen, die sich – einem Kult ähnlich – um Donald Trump versammelt haben oder, falls dieser nicht wieder für das Präsidentenamt kandidiert, sich um seinen unvermeidlichen Frankenstein-Doppelgänger versammeln werden.
Die Allianz republikanischer und demokratischer Oligarchen entlarvt das possenhafte des US-Zweiparteiensystems, in dem sich die beiden Parteien zwar um das streiten, was Sigmund Freud als den "Narzissmus der kleinen Differenzen" bezeichnete, sich aber in allen wichtigen strukturellen Fragen weitgehend einig sind, einschließlich massive Verteidigungsausgaben, Freihandelsabkommen, Steuersenkungen für Reiche und Konzerne, endlose Kriege, staatliche Überwachung, der durch Geld bestimmte Wahlprozess, Neoliberalismus, Sparpolitik, Deindustrialisierung, eine militarisierte Polizei und das größte Gefängnissystem der Welt.
Quelle: Chris Hedges in RT DE

13. **Negativrekord: Deutsche sitzen 8,5 Stunden**
    Die Deutschen verbringen zu viel Zeit im Sitzen, werden immer träger und können Stress nicht ausreichend bewältigen. Zu diesem Ergebnis kommt der neue DKV-Report. Ein Überblick. […]
    Noch nie wurde so viel gesessen wie in diesem Jahr: Die Deutschen verbringen werktags inzwischen im Schnitt 8,5 Stunden auf ihrem Allerwertesten – eine Stunde mehr als noch 2018. Junge Erwachsene (18 bis 29 Jahre) sind danach sogar "Sitzweltmeister" mit 10,5 Stunden an Werktagen. Homeoffice – in der Pandemie stark zunehmend – sei zur Sitzfalle geworden. Am meisten sitzen Menschen:
    - bei der Arbeit (33 Prozent)
    - vor dem Fernseher (29 Prozent)

    Männer sitzen im Schnitt eine Stunde länger als Frauen. Der DKV-Report zeigt: Die Deutschen fühlen sich zunehmend gestresst. 2016 erreichten noch 58 Prozent der Befragten die Empfehlungen für ein gesundes Stressempfinden, heute haben nur noch 40 Prozent eine niedrig wahrgenommene Stressbelastung oder nutzen wirksame Strategien, um ihren Alltagsstress hinter sich zu lassen.
    Quelle: ZDF

14. **Nahrungsmittelindustrie: Zu schwere Schweine**
    Britische Mastbetriebe in Bedrängnis. Lkw-Fahrermangel, Covid-19 und Brexit verdeutlichen Grenzen der auf Massenkonsum ausgerichteten Wirtschaft
    Die Kombination aus Arbeitskräftemangel und Lieferkettenproblemen bereitet britischen Nahrungsmittelproduzenten zunehmend Probleme. Ansatzweise zeigt sich das derzeit bei den Milchbauern, noch viel stärker aber bei den Schweinemastbetrieben sowie den angeschlossenen Tierschlachtungsfabriken.
    Weil auf der Insel zwischen 50.000 bis 100.000 Lkw-Fahrer fehlen, können einige Milchbauern ihre Milch anscheinend nicht mehr zu Molkereien und damit in die Kühlregale der Supermärkte befördern. Das betreffe zur Zeit aber nur eine kleine Zahl landwirtschaftlicher Betriebe, heißt es am 7. Oktober vom Branchenverband Royal Association of British Dairy Farmers, der gleichzeitig die Konsumenten dazu aufruft, Panikkäufe doch bitte zu unterlassen, es gebe dafür keinen Grund.
    Quelle: junge Welt
15. **Falsch bleibt falsch**
    Die Grünen verhalten sich weiter wie eine kleine Oppositionspartei. Und sind überrascht, dass sich politische Gegner Schwachstellen zunutze machen.
    […] Und bevor Ulf Poschardt (Welt) und Jan Fleischhauer (Focus) jetzt zu früh

frohlocken, sei noch ein kleiner Hinweis in Sachen umgekehrter Rassismus hinzugefügt: Diskriminieren kann nur, wer Macht hat. Schwarze Menschen haben in Deutschland – oder Europa – keine Macht. Von daher kann Heinrich vielleicht Geschmacklosigkeit und mangelnde Einsicht, nicht aber umgekehrter Rassismus vorgeworfen werden.
Schwarze, die sich negativ über Weiße äußern, und Weiße, die negativ über Schwarze reden – das wird nie das Gleiche sein, nicht in 100 Jahren. Queers dürfen Heteros ablehnen, aber nicht umgekehrt. Frauen dürfen Männer nicht dabeihaben wollen, aber nicht umgekehrt. Behinderte Menschen dürfen über Nichtbehinderte lästern, aber nicht umgekehrt. Jüdinnen und Juden dürfen sich über nichtjüdische Deutsche lustig machen – umgekehrt keinesfalls.
Quelle: taz

Anmerkung Jens Berger: *Diese Sätze sind ein humanistischer Offenbarungseid, der Begriffe wie Rassismus und Sexismus ad absurdum führt und sie zu einem einseitigen gesellschaftspolitischen Kampfbegriff macht.*

16. **Zu guter Letzt: Warum Deutschland ein Problem mit der Impfquote hat**
Niemand weiß genau, wie viele Menschen in Deutschland gegen Corona geimpft sind. Auf jeden Fall zu wenige. […]
Es wäre wünschenswert zu wissen, wo man steht. Stand jetzt weiß man das aber nur so ungefähr. Für eine Aussage reicht es zumindest: Die Impfquote ist noch immer zu niedrig, um Notlagen im Winter komplett ausschließen zu können.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung André Tautenhahn: *Bei diesem Autor erfüllen „wünschenswerte" Fakten nur eine kosmetische Funktion. Das Urteil steht auch ohne solide Datengrundlage schon fest. Erstaunlich.*